

# ROTE FEDER

DIE LINKE. Nürnberg-Fürth - DIE LINKE. Nürnberg-Fürth - DIE LINKE. Nürnberg-Fürth

**DIE LINKE.**



## Krieg ist kein Mittel der Politik

Oskar Lafontaine antwortet im Bundestag auf die Regierungserklärung von Merkel u. a.

„...Nun komme ich zum entscheidenden Punkt. Die Behauptung, Sie bekämpften den internationalen Terrorismus, wird von denen widerlegt, die, wenn man so will, von der fachlichen Seite damit befasst sind. Es ist doch gut, dass dies der Kommandeur McChrystal zum ersten Mal in aller Klarheit festgestellt und Ihre Ausführungen hier krass widerlegt hat, ja, als - so möchte ich einmal sagen - nicht rational, als nicht vernünftig, als nicht nachvollziehbar dargestellt hat.

Ich trage hier einmal vor, was dieser Kommandeur zu den Kampfeinsätzen, die Sie gerechtfertigt haben, vorgetragen hat. Er sagt, dass der Krieg in Afghanistan nicht mit konventionellem militärischem Denken gewonnen werden könne, das darauf abzielt, den Gegner zu bekämpfen. Aus konventioneller Sicht stelle sich die Tötung von zwei Aufständischen in einer Gruppe von zehn so dar, als seien nur noch acht Gegner übrig. In einem von Clans und Stämmen geprägten Umfeld wie Afghanistan sei es aber so, dass die zwei Getöteten viele Verwandte hätten, die nach solchen Vorfällen Rache schwören. Im Fall von zivilen Opfern seien das sogar noch mehr als im

Fall von getöteten Kämpfern. So laute die Rechnung: „10 minus 2 ergibt 20 ...

Das heißt, der verantwortliche Mann in Afghanistan sagt Ihnen hier, dass die Kampfeinsätze zu nichts anderem führen als dazu, dass mehr Kämpfer rekrutiert werden. Wie wollen Sie angesichts dieses Sachverhalts hier darstellen, Sie bekämpften den Terrorismus in Afghanistan?



**Bundeswehr  
raus aus  
Afghanistan!**

**DIE LINKE.**

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Wie soll dabei überhaupt logisch argumentiert werden? Nichts anderes ist in den letzten Jahren passiert. Deshalb hat sich die Anzahl der Anschläge erhöht, deshalb ist das Land immer unsicherer geworden, deshalb haben wir dort - vielleicht in guter Absicht - mehr Unheil angerichtet, Jahr für Jahr: Immer mehr Menschen sind ums Leben gekommen, Soldaten und Zivilisten, Zivilisten und Soldaten. So sehr ich anerkenne, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie hier vorgetragen haben, dass Sie bedauern, dass Unschuldige, also Zivilisten ums Leben gekommen sind: Ich bedauere, auch aufgrund meiner persönlichen Erfahrung, dass Soldaten dort ums Leben kommen. Ich würde mir wünschen, dass dort, in Afghanistan, keine Soldaten ums Leben kommen.

Was wir erkennen müssen, ist, dass wir dort gegen eine Kultur kämpfen, und dieser Kampf gegen eine Kultur ist nicht zu gewinnen. Die Kultur, um die es geht, hat der Oberbefehlshaber der ISAF ganz klar angesprochen. Wir haben es dort mit einer Stammeskultur zu tun. Diese Stammeskultur verpflichtet all diejenigen, die im Verwandtenkreis Tote zu beklagen haben, auf Blutrache...

...Am Schluss sage ich noch etwas zu dem häufig vorgebrachten Argument, es handele sich hier um einen Hilfseinsatz, um eine humanitäre Intervention. Alle internationalen Organisationen, die sich in der Hilfe engagieren, weisen immer auf folgenden Sachverhalt hin: Mit viel weniger Geld könnte man ungleich mehr Menschen vor dem Tod durch Hunger und vor dem Tod durch Krankheit bewahren, ohne dass man einen einzigen anderen Menschen töten müsste. - Das ist das moralische Dilemma, in dem Sie stecken. Deshalb bleiben wir bei der These: Krieg ist kein Mittel der Politik. Ziehen Sie die Bundeswehr aus Afghanistan ab!"

### **Und was meinte Albert Einstein schon 1932?**

Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer dieser Welt

richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden. Ich bin der selben Meinung wie der große Amerikaner Benjamin Franklin, der sagte: Es hat niemals einen guten Krieg und niemals einen schlechten Frieden gegeben(...)

Was für eine Welt könnten wir uns bauen, wenn wir Kräfte, die einen Krieg entfesseln, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, die die kriegsführenden Nationen im Weltkrieg verbraucht, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen, sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern. (...)



**Wir laden ein zur:**  
**Veranstaltung "Raus aus Afghanistan"**  
 mit **Monika Knoche, MdB,**  
**Außenpolitische Sprecherin**  
**Samstag, 19. September 2009, 19:00 Uhr**  
**Gasthaus Waldschänke, Frankenstrasse**



**Harald Weinberg,  
Direktkandidat Nürnberg Nord und  
Platz 4 der Landesliste Bayern**



*Von den 52 Jahren des bisherigen Lebens von Harald Weinberg war er 35 Jahre politisch aktiv: Gegen Kriege und Aufrüstung, für Frieden, gute Bildung, soziale Gerechtigkeit, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, gegen Atomkraftwerke, für eine saubere Umwelt und vieles mehr. Als Schulsprecher, Zivildienstleistender, Studentenvertreter, Juso und SPD-Mitglied, Gewerkschafter, stellv. Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der WASG und jetzt Mitglied der LINKEN, Kreisvorsitzender in Nürnberg/Fürth und Mitglied im Landesvorstand Bayern.*

*Er war Bundesvorsitzender des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und als geschäftsführender Gesellschafter eines Markt- und Meinungsforschungsinstituts tätig. Zurzeit ist er Regionalleiter Bayern eines ver.di-Bildungsträgers. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter im Alter von 19 und 17 Jahren.*

*„Ich verstehe mich nicht als „Vertreter“, also als jemand, der stellvertretend für andere denkt und handelt. Mein Selbstverständnis ist eher das eines „Anstifters“. Ich möchte anstiften zum selbst Denken und selbst Handeln.“*

**Wir müssen „vor Ort“  
und auf allen Ebenen kämpfen!**

In dieser Zeit haben viele Menschen Zukunftsängste, und zwar durchaus zu Recht. Zwar wird uns erzählt, die Talsohle der Wirtschaftskrise sei

jetzt erreicht, aber es ist klar, dass der Arbeitsplatzabbau weiter gehen wird, die Arbeitslosigkeit jede und jeden treffen kann. Wir haben in der Industrieregion Mittelfranken mittlerweile wieder über 30.000 Arbeitslose (nach der offiziellen Statistik), davon mehr als die Hälfte SGB II, also HartzIV-Betroffene. Mit Stand Juni 2009 haben wir über 100.000 Kurzarbeiter in der Region. Wenn die Kurzarbeit ausläuft - natürlich nach der Bundestagswahl - dann werden viele von ihnen entlassen. Das haben etliche Unternehmen bereits angekündigt.

Mit der Arcandor-Pleite haben wir die größte Insolvenz in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Ein Großkonzern mit fast 90.000 Beschäftigten wird abgewickelt und ausgeschlachtet. Profitable Bereiche werden verkauft, die anderen platt gemacht. Tausende Beschäftigte gehen in die Arbeitslosigkeit, womöglich abgedeckt durch Transfer-Gesellschaften - aber sicher ist auch das noch nicht. Denn die politisch Verantwortlichen tun sich schwer, die Finanzierung sicher zu stellen. Dafür kann man kein Verständnis haben, aber offenbar ist es leichter, bei Banken mit Milliarden-Beträgen zu jonglieren als für Quelle-Entlassene ein paar Millionen für Beschäftigungsgesellschaften aufzubringen. Denn eine der Hauptbetroffenen der Insolvenz ist die Versandhandelssparte mit dem Kunstnamen "Primondo", besser bekannt als Quelle.

In diesen Wahlkampfzeiten versuchen die Parteien der großen Koalition sowie die FDP und die Grünen diese Zukunftsängste mit ihren Wahlversprechen zu verkleistern. Dabei wird zu dieser Bundestagswahl 2009 ein enormer Wahlbetrug vorbereitet:

Union und FDP versprechen Steuererleichterungen - und werden nach der Wahl die Mehrwertsteuer, die alle Bürger trifft, erhöhen.

Union und SPD sprechen eine "Rentengarantie" aus, die sie niemals einhalten werden, und zwar schon deshalb, weil die von ihnen beschlossene "Rente erst mit 67" eine drastische Rentenkürzung ist.



Die SPD verspricht einen gesetzlichen Mindestlohn und soziale Gerechtigkeit, verschweigt aber schamhaft, dass sie es war, die die soziale Ungerechtigkeit mit Hartz IV und Agenda 2010 zu verantworten hat. Zudem strebt sie eine Koalition unter Einschluss der FDP an, die einem Mindestlohn niemals zustimmen wird. Mehreren Gesetzentwürfen der LINKEN zur Einführung eines Mindestlohns hat sie im Bundestag nicht zugestimmt.

Die Grünen tun so, als hätten sie das Monopol auf Umweltschutz, dabei haben sie auch in dieser Frage längst ihre Unschuld verloren: Sie tragen in der schwarz-grünen Koalition in Hamburg die Errichtung eines Kohlekraftwerks und den Ausbau der Elbe mit; sie haben den Kriegen in Serbien und in Afghanistan zugestimmt, die die extremste Form von Umweltvernichtung darstellen.

Unsere Forderungen und Initiativen orientieren sich auf allen Ebenen (Kommune, Land, Bund und EU) an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den Profitinteressen von Unternehmen, Großaktionären und Vermögenden.

Für die von Entlassung betroffenen Quelle- und Karstadt-Beschäftigten fordern wir eine Beschäftigungsgesellschaft, die über Qualifizierung und Vermittlung neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Bund und Land müssen die hierzu notwendigen Finanzierungsmittel bereitstellen. Es hilft den Betroffenen überhaupt nichts, wenn die Politiker der Regierungsparteien angesichts dieser Insolvenz eine "unheimliche Betroffenheit" zur Schau tragen, sich in Wirklichkeit jedoch "heimlich unbetroffen" zeigen.

Wer will, dass sich hier was ändert und dass es statt Schutzschirme für Banken einen Schutzschirm für Beschäftigte gibt, der/die hat am 27.09.2009 nur eine Wahl: DIE LINKE!

Herausgeber(in) und inhaltlich verantwortlich:  
 Die Linke Nürnberg-Fürth, Humboldtstraße 104 90459 Nürnberg,  
 Telefon: (0911) 2 87 60 12, Telefax: (0911) 2 87 60 16  
 Mail: die-linke-nuernberg@t-online.de  
 Fragen und Anregungen zu diesem Newsletter,  
 Bestellung/Abbestellung bitte an: gisela.kessler@t-online.de  
 Satz: T. Wulke. V.i.S.d.P.: Harald Weinberg.

## Eva Bulling-Schröter, Kandidatin Platz 2 der Landesliste Bayern



### CSU, die größte Lobby für das Geschäft mit Krieg und Tod

**Zum Wehrtechnischen Kongress der CSU, der am 5. September mit den Spitzenverbänden und Unternehmern der bayerischen Rüstungsindustrie in München stattfand, erklärt Eva Bulling-Schröter, Bundestags-Kandidatin der LINKEN in Bayern, sowie Sprecherin der bayerischen LINKEN:**

„Ganz offen setzt sich die CSU für die Interessen der Rüstungsindustrie in Bayern ein. Deutschland ist schon jetzt drittgrößter Rüstungsexporteur weltweit, ein Schwerpunkt dieser Produktion ist Bayern. So wird für Krieg, Zerstörung und Tod produziert. Diese Industrie braucht Kriege und Krisen weltweit, um ihren Profit zu sichern.“ Bulling-Schröter fährt fort: „Wir LINKE lehnen Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich und vollständig ab. Dagegen stehen wir als einzige Partei für eine friedliche Außenpolitik und gegen Bundeswehreinätze wie jetzt in Afghanistan. Wir teilen diese Auffassung mit der Mehrheit der Bevölkerung.“ Natürlich heiße das nicht, dass der LINKEN die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie gleichgültig seien, betont sie: „Im Gegenteil: Nur die Konversion, das heißt die Umstellung der Produktion für den zivilen Bereich, kann diese Arbeitsplätze langfristig sichern“, so Eva Bulling-Schröter, selbst Schlosserin und aktive Gewerkschafterin.



## Anny Heike, Direktkandidatin in Fürth



*Anny Heike wurde 1948 geboren und lebt in Fürth. Gewerkschaftliches und politisches Engagement zieht sich wie ein roter Faden durch ihr Leben. Sie setzt sich für die Rechte der Frauen ein, steht für sozial Benachteiligte ein und bietet dem Rechts-extremismus Paroli.*

*Die Gründung des Fürther Frauenhauses lag ihr ebenso am Herzen wie die Initiierung des Sozialforums in Fürth,*

*Als Gewerkschaftssekretärin in Fürth kämpft Anny Heike täglich für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.*

*Mit der Agenda 2010 hat die SPD sich endgültig von einer Politik im Interesse der Menschen verabschiedet. Das wollte Anny nicht hinnehmen. Deshalb hat sie die WASG und DIE LINKE als Alternative mitgegründet. Das Eintreten für Arbeit und soziale Gerechtigkeit war und ist ihr Leitfaden.*

### „Sichtweisen des angeblichen ‚Oben und Unten‘ in der Partei bearbeiten“

„Wenn man kandidiert, dann braucht man was im Kreuz“, sagt Anny Heike und meint damit die Parteibasis vor Ort. Deshalb war sie Mitautorin des beachtenswerten Antrags zur Ortsmitglieder-versammlung 2009 für die Mitglieder und Parteientwicklung in Fürth in den nächsten Jahren. Sie ist stellv. Sprecherin des Ortsverbandes DIE LINKE in Fürth und Fürth Land.

„Der Aufbau des Ortsverbandes ist in den letzten Jahren durchaus erfolgreich verlaufen. Die Mitgliederbasis hat sich verbreitert. Die erzielten

Wahlergebnisse gehören zu den Besten in Bayern. Die Kampagnenfähigkeit hat sich deutlich verbessert. Die nächsten vier Jahre ohne Wahlkämpfe müssen genutzt werden, die Mitglieder- und Finanzbasis deutlich zu verbessern. Defizite in Organisation und politischer Bildung sind aufzuholen, Beratungs-Kompetenz für Mitglieder und Bevölkerung ist aufzubauen, die demokratische Struktur der Partei ist transparenter machen um damit Sichtweisen des angeblichen „Oben und Unten“ in der Partei zu bearbeiten. Häufiger stattfindende Mitglieder-versammlungen und der Ortsvorstand sind die entscheidenden Gremien der örtlichen Partei.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, Sozialverbänden, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, antifaschistischen Organisationen, Friedensbewegung und MigrantInnen-Organisationen verbessern.

Wir wollen die Stadtratsarbeit mit offenen Foren transparenter und beteiligungsorientierter machen. Wir wollen die Einsicht in die Notwendigkeit politischen Handelns – innerhalb und außerhalb der Parlamente – verstärken.

Wir wollen die Partei in Fürth und im westlichen Mittelfranken zu einem bei Mitgliedern, Finanzen und Organisation stabilen politischen Verband entwickeln.

Wir wollen bei den nächsten Wahlen unsere Ergebnisse deutlich verbessern, stärker in Gemeinderäte, Stadträte, in den Bezirkstag und in den Landtag einziehen.

Deshalb haben wir Vorschläge zu wichtigen Themenfeldern entwickelt

- Mitglieder- und Finanzentwicklung
- Mitgliederaktivierung
- Organisationsentwicklung
- Politische Bildung
- Öffentlichkeitsarbeit...“

Anschließend werden die Themenfelder im Einzelnen konkretisiert und bilden eine Handlungsanleitung für die nächste Zeit, in der immer wieder Bilanz gezogen werden soll.

Ziel ist es, zu gegebener Zeit in Fürth einen eigenen Kreisverband zu bilden.

Anmerkung Rote Feder: Wer sich für den gesamten Antrag interessiert (es lohnt sich!) bitte melden bei Gisela.Kessler@t-online.de



**Gudrun Schlett,  
Direktkandidatin Nürnberg Süd und  
Platz 9 der Landesliste Bayern**



*Gudrun Schlett ist von Beruf Agraringenieurin und in folgenden Organisationen aktiv:*

*DIE LINKE, Kreisvorstand Nürnberg/Fürth, BIOLAND, VCD e.V., Bundeskoordination Internationalismus, Frauen in Naturwissenschaft und Technik (NUT) e.V., DESI Alternatives Kultur- und Stadtteilzentrum, WASG-Verein.*

*Geboren 1961 als 2. von 8 Kindern einer Arbeiterfamilie, Landwirtschaftliche Lehre, Studium der Agrarwissenschaften.*

*In Südamerika Unterstützung von Hilfsprojekten für Flüchtlinge, Projekte zur Bekämpfung von Armut und zum Schutz des Tropenwalds.*

*In Deutschland tätig in der Vermarktung von Bioprodukten, in Zusammenhang mit einem Beschäftigungsprogramm für Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Einschränkungen auf dem sog. 1. Arbeitsmarkt keine Chance haben. Projekte zum pfluglosen Ackerbau und zur Grünlandschaft. Zertifiziererin für Bioprodukte.*

**„Entwicklung, Ökologie und Soziale Gerechtigkeit gehören eng zusammen“**

Gudrun Schlett, war in den 80er Jahren Mitglied der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua und El Salvador. Trotz und während der dortigen Bürgerkriege und des Wirtschaftsembargos durch die USA hat sie – mit anderen zusammen – die wichtige Aufgabe wahrgenommen, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durch Eigenanbau sichern zu helfen. Auf der Aufstellungsversammlung für KandidatInnen

sagte sie: „Insgesamt habe ich über 6 Jahre in Nicaragua gelebt und gearbeitet. Ich habe durch diese Arbeiten viele praktische Erfahrungen sammeln können, auch was Armut und Elend bedeuten.“

Aber auch damals ging es um weit mehr als praktische Arbeit, es ging um soziale Gerechtigkeit, es ging um Nachhaltigkeit und Entwicklung weltweit. Es ging um genau die Verteilungsfragen, die auch heute noch eine Rolle spielen...die Situation hat sich weltweit noch dramatisch verschlechtert. Wir erleben heute eine Phase erneuter Aufrüstung. Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur (hinter den USA und Russland) und damit mitverantwortlich für die Gewalt, die Kriege und das Leid, das die Zivilbevölkerung in vielen Ländern der Welt deswegen zu tragen hat...

Die Kosten der Aufrüstung trägt auch die Bevölkerung in Deutschland selbst in mehrfacher Hinsicht. So stehen die Streichungen im Sozialbereich hohen Rüstungsausgaben gegenüber. Die DFG-VK hat hierzu eine Rechnung erstellt, in der es sehr deutlich wird, was uns die Rüstung jetzt schon kostet: Wenn z.B. eine Fregatte 10.000 Jahresgehältern von Altenpflegern und –pflegerinnen entspricht oder ein Eurofighter soviel kostet wie 2100 Jahresgehälter für Erzieherinnen und Erzieher...“

Für Gudrun Schlett gehören Entwicklung und Ökologie und Fragen der sozialen Gerechtigkeit eng zusammen: „Denn es sind weltweit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die die Ernährung sichern. Sie brauchen unsere volle Unterstützung – und das ist für mich eine Frage der Solidarität.“

Sie geht noch auf den Klimaschutz und eine Weltwirtschaftsordnung ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und sagt schließlich, dass sie sich in sozialen Bewegungen und vor allem in der LINKEN für all dies engagiert und dass der Grund für ihren Beitritt in die WASG und dann in die LINKE der Sozialabbau und die Hartz-Gesetze waren.

„Für mich ist es ein ungeheurerlicher Skandal, dass in einem reichen Land wie Deutschland, Armut und Perspektivlosigkeit nicht nur zugelassen -, sondern auch bewusst produziert werden.“

Dagegen und gegen die Erniedrigung von Menschen wehre ich mich. Wir brauchen keine Konkurrenz um jeden Preis, wir brauchen es nicht, dass Menschen nur noch nach ihrer Verwertbarkeit und Nützlichkeit beurteilt werden.“

